

Bauleitplanung im Müntepark: Wo bleibt das Allwetterbad?

Bauleitplanung Müntepark in Diepholz sorgt erneut für Streit: CDU lobt, SPD kritisiert Ausklammerung der Hinterlohne.

In Diepholz steht eine bedeutende Änderung der Bauleitplanung des Münteparks an, die sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich bringt. Während der Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima und Mobilität (SKM) kürzlich seine Zustimmung für die Neugestaltung des Flächennutzungsplans gab, zeigt sich die politische Landschaft gespalten zwischen der CDU/FDP-Gruppe, die die Pläne befürwortet, und der SPD, die mit ernststen Bedenken auf die Situation reagiert. Im Fokus steht die Sicherung eines Schwimmbads und damit verbunden der Wandel einer großen Grünfläche in eine freie Sport- und Spielanlage.

Das „Müntepark III“-Projekt wird als strategische Fortführung der Bauleitplanung gehuldigt. Sebastian Dornieden, der Fachdienstleiter für das Bauwesen, machte unmissverständlich klar, dass die Gespräche sich nicht um die Details der Schwimmbadgestaltung drehen, sondern um die rechtlichen Grundlagen für dessen Standort. Dies soll sicherstellen, dass der Müntepark, ein zentraler Ort in Diepholz, weiterhin vielfältig genutzt werden kann.

Ziele der Planung und deren Bedeutung

Die Hauptziele dieser Baumaßnahmen sind klar umrissen. Zunächst geht es um die rechtliche Sicherung des

Schwimmbads, gefolgt von der Erhaltung des „Parks der Generationen“ sowie des allgemeinen Parkcharakters. Die Notwendigkeit einer Anpassung des Flächennutzungsplans wird dabei deutlich, da der Müntepark bislang als reine Grünfläche ausgewiesen war. Veränderungen sind gefragt, um den Bedürfnisse der Bürger gerecht zu werden und einen Raum für Sport und Spiel zu schaffen.

Die Diskussion zeigt, wie komplex die Materie ist. Dort, wo das Schwimmbad entstehen soll, wird eine Wandlung in eine Sport- und Spielanlage vorgesehen. Gleichzeitig bleibt der Bereich für den Park der Generationen unangetastet. Doch nicht alle Mitglieder des Ausschusses sind mit diesen Planungen einverstanden. Die SPD bringt vermehrt die Hinterlohne ins Spiel und sieht hierin eine Übergehung von entscheidenden Umweltaspekten.

Kritik der SPD und das Ignorieren der Hinterlohne

Manfred Albers von der SPD äußerte, dass die Hinterlohne in der bisherigen Planung nicht berücksichtigt wurde, was er als skandalös betrachtet. „Wir haben zahlreiche Beschlüsse zur Aufwertung von Diepholzer Gewässern gefasst, und jetzt ignoriert man sie einfach,“ so Albers. Dies führt zu scharfer Kritik an der Arbeit der Verwaltung, die in den letzten Jahren in dieser Hinsicht als untätig eingeschätzt wird.

Er verdeutlicht, dass es seit vielen Jahren Pläne gibt, die eine naturnahe Entwicklung der Lohne vorsehen. Trotz dieser Bestrebungen sieht die aktuelle Planung keine Schritte in diese Richtung vor. Bezeichnend ist, dass bei Abstimmungen im Ausschuss die SPD nur wenige Unterstützer fand. Nur ein Mitglied der Grünen schloss sich ihrer Argumentation an, was die Fraktion noch mehr in die Isolation drängte.

Albers' Antrag auf den naturnahen Ausbau der Hinterlohne fand keine Mehrheit. Mathis Langhorst von der CDU begründete die

Ablehnung, indem er erklärte, der SPD-Antrag sei überzogen und nicht länger haltbar in Bezug auf die aktuellen Planungen. Dies zeigt, wie zerstritten die politischen Lager sind und wie wichtig der Erhalt von Gewässern für die SPD ist, die versichert, dass diese Anliegen auch zukünftig auf der Agenda bleiben müssen.

Die Fronten sind verhärtet und was bleibt, ist die Unsicherheit um die langfristigen Folgen der geplanten Bauleitplanung. Die Diskussion um den Müntepark wirft grundlegende Fragen auf: Wie viel Wert legen wir auf unsere Gewässer und Grünflächen, und welche Prioritäten sollten bei zukünftigen Planungen gesetzt werden? Die Bürger und Beteiligten sollten gewarnt sein, dass diese Debatten nicht nur auf die gegenwärtigen Planungen beschränkt werden dürfen, sondern auch tief in der historischen Verantwortung der Stadt verwurzelt sind.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de